

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 60 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Dienstag, 12. März 1968

Einzelpreis 30 Pf

Kiesinger berichtet über die „Lage der Nation“

Für Gewaltverzicht mit Ostberlin

Unterstützung des wirtschaftlichen Wachstums in Mitteldeutschland angeboten - Für Reform von Behörden und an Universitäten - Ueber Vietnam besorgt

BONN (dpa/upi/ap). Ein Programm für die innerdeutsche Annäherung, mit einem Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen Bonn und Ostberlin als Schwerpunkt, gab Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag bekannt. In seinem ersten „Bericht über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland“ drückte Kiesinger die Bereitschaft aus, mit der DDR über einen Gewaltverzicht zu verhandeln.

Unmittelbar nach der Erklärung begrüßte der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmidt besonders diese Bereitschaft. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Barzel, sagte, Kiesinger habe die Probleme und Lösungsmöglichkeiten in der derzeitigen Lage klar dargestellt. Für die FDP bezeichnete Fraktionsvorsitzender Mischnick dagegen den Bericht als „in vielen Aussagen zu blaß“. Trotz vieler richtiger Analysen sei der Wille zum Handeln nicht sichtbar geworden. Die Debatte über den Bericht des

Kanzlers soll am Donnerstag im Bundestag geführt werden. Das Angebot an Ostberlin erweitert die politischen und wirtschaftlichen Themen, die der Bundeskanzler im vergangenen Jahr für Gespräche mit Ostberlin vorgeschlagen hatte. Er erklärte sich zu einem Treffen mit dem Ostberliner Ministerpräsidenten W. Stoph bereit, sobald Vorgespräche auf Staatssekretär-Ebene ein befriedigendes Ergebnis erkennen lassen. Für politische und wirtschaftliche Gespräche mit Ostberlin nannte Kiesinger nur eine Voraussetzung: Die Regierung der DDR darf nicht auf der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung als Bedingung bestehen.

Um die Verflechtung zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu fördern, bot Kiesinger die Unterstützung der Bundesrepublik für das wirtschaftliche Wachstum in der DDR an. Der Kabinettsausschuß für gesamtdeutsche Fragen erarbeitete bereits einen Plan für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands, in das die finanziellen Forderungen Ostberlins einbezogen werden sollen. Auch die Eröffnung eines Büros für Interzonenhandel in Ostberlin werde von der Bundesregierung erwogen.

„Kein Staatsvolk der DDR“

Seine Ausführungen über die „nationalen Sorgen“ leitete Kiesinger mit der Feststellung ein, die Machtübernahme in Ostberlin trieben eine konsequente Spaltungspolitik. Dem kom-

munistischen Regime sei es dennoch nicht gelungen, die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Dies gelte auch für die Jugend. Das SED-Regime habe auch der Tatsache Rechnung tragen müssen, daß die Deutschen sich als eine Nation verstehen. „Es gibt kein Staatsvolk der DDR.“

Dringlich nannte Kiesinger eine Reform von Verwaltung und öffentlichem Dienst. Die Bundesrepublik brauche neue Techniken der Planung. Auch das Erziehungs- und Bildungswesen müsse durchgreifend reformiert werden.

Der Kanzler kündigte an, er werde mit den berufenen Vertretern der Hochschulen, der Wissenschaft und der Studenten sowie der Länder und des Bundes über eine beschleunigte Hochschulreform verhandeln.

Über Vietnam zeigte sich Kiesinger besorgt. Man sollte sich aber „mit Entschiedenheit“ gegen die Entstellungen wehren, die den Amerikanern „ganz einseitig“ die Schuld am Krieg



VOR DEM BUNDESTAG gab gestern Bundeskanzler Kiesinger seinen Bericht zur „Lage der Nation“ ab.

vorwerfen. Gerade die Deutschen sollten sich nicht zu Schulmeistern Amerikas aufwerfen.

Otpolitik nur mit den Mitteln des Friedens

Kiesinger, der vor dem vollbesetzten Bundestag sprach, stellte zur Otpolitik die Generalthese auf, daß eine Änderung des Status quo nur mit Mitteln des Friedens angestrebt werden könne.

Neue Tumulte der Studenten in Warschau

WARSAU (ap/dpa/upi). Zum dritten Mal seit Beginn der Studenten-Demonstrationen am Freitag vergangener Woche ist es gestern in der polnischen Hauptstadt Warschau zu erbitterten Zusammenstößen zwischen zumeist jungen Demonstranten und starken Polizeiaufgeboten gekommen.

Im Verlauf der Unruhen marschierten Tausende von Demonstranten mit den Rufen „Freiheit - Demokratie - Verfassung“ und „Gestapo“ zum Sitz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in der Innenstadt, den die Polizei mit gezogenem Gummiknüppel abgeriegelt hatte. Funktionäre und Mitarbeiter konnten aus den Fenstern der Parteizentrale die Kämpfe auf der Straßenecke vor dem Gebäude beobachten, bei denen die mit Stahlhelmen geschützte Polizei Gummiknüppel und Tränengas, die Demonstranten Steine, Knüppel, Flaschen und andere Gegenstände einsetzten.

Die Zeitung „Banner der Jugend“ bestätigte, daß in Schnellverfahren vor Warschauer Gerichten neun Studenten wegen Beleidigung der Polizei mit Bezeichnungen wie „Gestapo“ und „Faschisten“ abgeurteilt wurden. Drei wurden mit sechs, ein vierter mit vier Monaten Gefängnis bestraft. Eine andere Zeitung schreibt, es sei erstaunlich, daß an den „Umtrieben“ die Kinder von Eltern teilgenommen hätten, die häufig verantwortliche staatliche oder gesellschaftliche Stellungen bekleideten.

In der Warschauer Universität sollen etwa 3000 Studenten und mehrere Professoren gemeinsam eine Resolution verabschiedet haben, in der die Freilassung verhafteter Kommilitonen verlangt wird.

Prager Innenministerium bedauert Konflikt mit Studenten

Vier Monate und elf Tage nach den Studentenunruhen in Prag haben Innenministerium und Polizei gestern Abend „den Zusammenstoß zwischen Universitäts-Hörern und der Polizei am 31. Oktober 1967 als in höchstem Maße bedauerlich“ bezeichnet. Das Ministerium und die Polizei hätten die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um die Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle zu vermeiden und das gute Verhältnis zwischen Studenten und Polizei wiederherzustellen, hieß es in der Erklärung. Der Konflikt zwischen den Studenten und den Behörden hatte zur Absetzung Präsident Novotny als Parteichef genau so beigetragen, wie die Auseinandersetzung der Schriftsteller mit dem Regime.



EIN BEISPIEL für den Versuch einer gelenkten Meinungsbildung mag dieses von der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur verbreitete Bild geben: Während von den seit Tagen anhaltenden Studentenunruhen und dem zum Teil scharfen Vorgehen der Polizei kein einziges Bild das westliche Ausland erreichte, wurde dieses Bild gestern über Funk ausgestrahlt. Es zeigt eine - wahrscheinlich von der Partei angeordnete - Gegendemonstration von Arbeitern einer Warschauer Automobilfirma. Die Auforderungen auf den Transparenten heißen sinngemäß: „Arbeite, studiere, sei ruhig“ oder „Studenten, fangt wieder an zu studieren!“

Munitionslager in die Luft gesprengt

Vietkong beschießt wieder US-Stützpunkt - Tschu: Auf Krieg mit Amerika vorbereiten

SAIGON (upi/dpa). Amerikanische Stützpunkte im Norden Südvietnams gestern unter schwerem Granatwerfer- und Artilleriefeuer der Nordvietnamesen. Am schwersten getroffen wurde das gewaltige amerikanische Nachschublager bei Cuu Luu. Das Nachschublager der Marineinfanterie wurde durch die Explosion der Munitionsvorräte praktisch eingeebnet. Ein Korrespondent berichtete: „Es schien, als ginge die ganze Welt in die Luft. Mich hob es eineinhalb Meter in die Luft, obwohl ich 200 Meter von den explodierenden Munitionstapeln entfernt war.“

Auch die Stützpunkte Khe Sanh und Dong Ha lagen erneut unter heftigem Beschuß. Der Feuerüber-

fall auf Khe Sanh brach los, nachdem die dort stationierten Marines einen Angriff von etwa 400 Nordvietnamesen blutig abgeschlagen hatten.

Tiefe Meinungsverschiedenheiten über den Vietnamkrieg traten erneut in Washington zutage, als Außenminister Rusk die Regierungspolitik vor dem Auswärtigen Senatsausschuß verteidigte. Als einer der Hauptkritiker der Regierung nannte der Ausschubvorsitzende Fulbright den Vietnamkonflikt den „unpopulärsten Krieg in unserer Geschichte“. Fulbright erklärte, daß die USA in diesem nationalen Krieg der Vietnamesen nichts zu suchen hätten.

Rusk erklärte gleichzeitig die Bereitschaft seiner Regierung zur Ein-

stellung der Bombenangriffe auf Vietnam, wenn dadurch Friedensgespräche in Gang kämen. Er sagte, die amerikanische Regierung sei bereit, diese Hauptbedingung der anderen Seite zu erfüllen und ohne eigene Bedingungen zu verhandeln.

Der chinesische Ministerpräsident Tschu En-lai erklärte, die Volksrepublik China müsse „in diesem Jahr alle militärischen Vorbereitungen für den Fall treffen, daß sie vom amerikanischen Imperialismus auf ihrem eigenen Territorium angegriffen wird“. Eine weitere Eskalation des Vietnam-Konfliktes durch die USA sei durchaus möglich, und China müsse aus diesem Grunde auf einen Krieg vorbereitet sein, militärisch und wirtschaftlich.

DDR begrenzt Durchreise

NPD-Mitglieder und „Neo-Nazis“ dürfen nicht über Autobahn

BERLIN (dpa/ap/upi). Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei (NPD) oder Personen, die sich „im neonazistischen Sinne betätigen“ dürfen seit gestern nicht mehr in oder durch die DDR reisen.

Diese Beschränkung insbesondere auch des Zugangs nach Westberlin ist in einer Anordnung des DDR-Innenministers und Chefs der Volkspolizei, Dinkel, vorgesehen. Danach werden die von dem Verbot Betroffenen bei Zuwiderhandlung ausgewiesen, wenn ihnen nicht sogar ein Strafverfahren droht. Zur

Begründung der Anordnung heißt es, die DDR müsse vor den „Umtrieben der neonazistischen Kräfte“ geschützt werden.

Auf die Frage, wie man denn an den Grenzkontrollstellen die NPD-Mitglieder erkennen wolle, sagte der Leiter der Presseabteilung des DDR-Innenministeriums: „Wir werden sie schon erkennen“. Darüber solle man sich im Westen keine Sorgen machen.

Mit äußerster Eile hat sich der Berliner Senat darauf an die Bundesregierung und die alliierten Schutzmächte gewandt und sie auf die neue Anordnung hingewiesen. Der Senat wertete das Verbot als den Versuch, mit einem „durchsichtigen Vorwand“ den international garantierten Verkehr von und nach Berlin zu stören.

Die Bundesregierung hat die neuen Ostberliner Maßnahmen „mit Aufmerksamkeit“ registriert. Der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers betonte, die Ostberliner Behörden wollten damit erneut demonstrieren, welche Macht sie angeblich auf deutschem Boden ausüben.

Die in Berlin stationierten Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurden in der Nacht zum Montag zu einer „Bereitschaftsübung“ alarmiert. In einem alliierten Kommuniqué wurde betont, es habe sich um eine Übung im Rahmen des „normalen Ausbildungsprogramms“ gehandelt.

Vorläufige Quoten

Lotto: Gewinnklasse 1 = 500 000 DM, Gewinnklasse 2 = 229 000 DM, Gewinnklasse 3 = 4300 DM, Gewinnklasse 4 = 75 DM, Gewinnklasse 5 = 3,90 DM.

Toto: 12er-Wette: 1. Rang 62 133 DM, 2. Rang 1520 DM, 3. Rang 100 DM. - Auswahlwette: 6 aus 39*: 1. Rang 94 371 DM, 2. Rang 8847 DM, 3. Rang 395 DM, 4. Rang 12,40 DM, 5. Rang 2 DM.

Olympia-Lotterie: Gewinnklasse 1: 1498 x 50 DM, Gewinnklasse 2: 13 269 x 5 DM, 1 Prämie zu 50 000 DM, 15 Prämien zu 5000 DM, 206 Prämien zu 500 DM.

Die Prämien werden am Dienstag nächster Woche in München ausgelost und veröffentlicht. (Ohne Gewähr.)